



14. März 2017

Mehr Verantwortung für junge Menschen- Fahren und wählen ab 16!

Die Schüler Union Baden-Württemberg begrüßt den Vorstoß der CDU, den Führerschein ab 16 im ländlichen Raum einzuführen und freut sich über die Diskussion über die Absenkung der Altersgrenze für eine Fahrerlaubnis. Wir möchten, dass Jugendliche in unserem Land mehr Freiheiten bekommen und gleichzeitig schon früh Verantwortung übernehmen.

„Der Führerschein mit 16 würde insbesondere den Alltag junger Menschen auf dem Land stark vereinfachen und den ländlichen Raum durch eine Verbesserung der Mobilität wieder lebenswerter machen“, erklärt unser Landesvorsitzender Tobias Bunk. Wir möchten, dass alle Jugendlichen die Freiheit haben, über ihre Schule, ihre Ausbildungsstätte oder ihre Freizeitgestaltung selbst und ohne mobilitätsbedingte Einschränkungen zu entscheiden und ihre Wünsche zu verwirklichen. Gerade im ländlichen Raum scheitert das aber leider oft am teilweise nur mangelhaften öffentlichen Personennahverkehr, mit dem viele Orte schlecht bis gar nicht zu erreichen sind. Um jungen Leuten in der Stadt und auf dem Land die gleichen Chancen zu ermöglichen, fordern wir nicht nur den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im ländlichen Raum, sondern befürworten in bestimmten Fällen auch eine Fahrerlaubnis für Jugendliche ab 16 Jahren. „Selbstverständlich muss es für einen Führerschein mit 16 klare Regeln und strenge Bedingungen geben, grundsätzlich wünschen wir uns aber mehr Vertrauen in die junge Generation. Wir sind davon überzeugt, dass die meisten auch schon in jungen Jahren verantwortungsbewusst sind. Wir möchten jungen Menschen in unserem Land mehr Freiheiten aber auch mehr Verantwortung geben“, führt Tobias Bunk aus.

Aus diesem Grund hoffen wir langfristig auch auf ein Wahlrecht mit 16 Jahren und sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass das, was sich bei Kommunalwahlen schon durchgesetzt hat, auch für Landtags- und Bundestagswahlen eingeführt wird. Voraussetzung dafür ist jedoch ein ausreichendes und fundiertes Wissen zu unserem Wahlsystem, den verschiedenen Parteien und den Positionen, die die einzelnen Parteien vertreten. Wählen ist Bürgerpflicht, aber zum Wählen gehört neben dem Kreuzchen am Wahltag machen auch das Informieren über politische Inhalte und ein kritisches Hinterfragen dieser Inhalte. Ganz egal, ob mit 16 oder 60 Jahren. Bei der politischen Bildung sehen wir, in- und außerhalb von Schulen, noch Verbesserungsbedarf. Wir fordern deutlich mehr Auseinandersetzung mit den Positionen der unterschiedlichen Parteien im Unterricht und wesentlich mehr Möglichkeiten und auch Anreize für Jugendliche sich außerschulisch politisch zu informieren. Am Ende dieses Prozesses der Verbesserung der politischen Bildung sollte dann ein Wahlrecht ab 16 Jahren stehen. Schließlich geht es bei Bundes- und Landtagswahlen auch um die Zukunft der heute

jungen Generation. Durch den demographischen Wandel gibt es immer mehr ältere Wahlberechtigte und die Stimme der jungen Leute verliert an Gewicht. Diesem Trend sollte entgegengewirkt werden und es Jugendlichen ermöglicht werden intensiver an der demokratischen Willensbildung teilzuhaben und selbst über ihre Zukunft zu entscheiden. Nur wenn wir Jugendlichen Partizipationsmöglichkeiten bieten und ihnen zeigen, dass sie mit ihrer Stimme auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen können, werden wir auch in Zukunft viele junge Menschen für Politik und entsprechendes Engagement begeistern können. Dies ist insbesondere in Zeiten, in denen häufig von zunehmender Politikverdrossenheit der Jugend die Rede ist, wichtig.